Diffuse Drohung aus der Türkei. Außenminister Cavusoglu will islamische Umma einspannen

20. März 2017

Von Christoph Schmidt (KNA) Bonn/Istanbul (KNA) Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu hat in einer Rede zum Wahlergebnis in den Niederlanden vor aufziehenden Religionskriegen zwischen Christen und Muslimen gewarnt. Die islamische Weltgemeinde, die Umma, stehe auf Seiten der Türkei, deutete der Getreue von Präsident Recep Tayyip Erdogan an. Damit beschwört er eine jahrhundertealte Vision von weltweiter muslimischer Solidarität. Sie hat muslimische Herrscher und politische Propagandisten immer wieder beflügelt. Annähernd verwirklicht wurde sie nie. Der Begriff Umma wird im Koran mehrfach gebraucht und bezeichnete zunächst unterschiedliche sprachliche oder ethnische Gemeinschaften. Schließlich meinte er die Gesamtheit aller Muslime, die an den einen Gott und den Propheten Muhammad glauben. Das mittelalterliche muslimische Staatsrecht teilte die Welt demnach in das von der Umma bewohnte „Haus des Islam“ unter dem Oberbefehl eines Kalifen und das „Haus des Krieges“, die früher oder später zu erobernden Länder der Nichtmuslime. Die tiefen Glaubensspaltungen im Islam, allen voran die Feindschaft zwischen Sunniten und Schiiten, und die gewaltige Ausdehnung der islamischen Welt von Marokko bis China, später dann von Schwarzafrika bis Indonesien, ließen das Ideal einer einstimmigen Interessenartikulation nie über die bloße Illusion hinauswachsen. Nicht mal innerhalb der Konfessionsgrenzen kam es zu entsprechenden Bündnissystemen. Nachdem das Kalifat seine Bedeutung eingebüßt hatte, verfolgten Sultane und Emire ihre je eigenen Machtinteressen und paktierten dafür gelegentlich sogar mit den „Ungläubigen“. Trotzdem blieb der Traum von einer vereinten, unüberwindbaren Umma unter islamischen Denkern immer präsent. Dies umso mehr, als der Islam gegenüber den europäischen Mächten seit dem 19. Jahrhundert endgültig ins Hintertreffen geriet und seine Länder teilweise kolonisiert wurden. Männer wie der politische Aktivist Dschamal ad-Din al-Agfhani (1838-1897) und der von ihm beeinflusste osmanische Sultan Abdülhamid II. (1842-1918) setzten auf die panislamistische Karte. Übrigens auch ein Kaiser Wilhelm II., der im Ersten Weltkrieg auf einen Aufstand der unterworfenen Muslime gegen die Kolonialmächte England, Frankreich und Russland hoffte. Alles vergebens. Gerade die Türkei erlebte das pure Gegenteil: Die arabischen Glaubensbrüder wollten die osmanische Herrschaft mit aller Gewalt abschütteln. Im 20. Jahrhundert trat der Umma-Gedanke endgültig hinter westlich-ideologischen Konzepten wie Nationalismus oder einem arabischen Sozialismus zurück. Die Ausprägung von Nationalstaaten und der Vormarsch säkularer Entwürfe stürzten die islamischen Gesellschaften in einen Wirbel der Modernisierung und unterstrichen die unübersehbare Vielfalt der islamischen Weltgemeinde. Erst die Re-Islamisierung seit der iranischen Revolution von 1979 legte wieder mehr Gewicht auf die religiösen und kulturellen Bande der Umma, auch vor dem Hintergrund der medialen Umbrüche: das Satelliten-TV, dann das Internet. Ein wichtiger Bezugspunkt für die Herausbildung einer globalen muslimischen Identifikation wurde auch die Besatzungspolitik des Staates Israel. Wer heute den diffusen

Umma-Begriff erfassen möchte, wird nicht am Konferenztisch fündig. Gemeinsame Organisationen wie etwa die Arabische Liga zeigen eher die Differenzen und Zerstrittenheit der islamischen Völkerfamilie. Nicht die reichen muslimischen Länder Saudi-Arabien oder die Golfstaaten erklärten sich bereit, Kriegsflüchtlinge aus Syrien oder Irak aufzunehmen, sondern die „ungläubigen“ Europäer. Das wurde auch in der Islamischen Welt wahrgenommen. In ihrer Reinform – nämlich als gläubige Gemeinschaft frommer Muslime – zeigt sich die Umma wie eh und je dann, wenn ihre Mitglieder aus aller Welt bei der Wallfahrt die Kaaba in Mekka umschreiten und ein tugendhaftes Leben geloben. Ihr hässliches Gesicht wird sichtbar, wenn aufgepeitschte Massen von Islamabad bis London westliche Fahnen verbrennen und den Tod eines Schriftstellers oder Karikaturisten fordern, weil er den Propheten beleidigt habe. Kaum vorstellbar, dass ein türkischer Außenminister in der Auseinandersetzung mit europäischen Regierungen solche Bilder heraufbeschwören will. Noch weniger vorstellbar ist allerdings, dass türkische Interessen 1,6 Milliarden Menschen derart am Herzen liegen sollten.

(KNA – rknlr-89-00126)

Stand: 27. November 2026